

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 80 (1988)

Heft: 6

Artikel: Kurzporträt der Geldwirtschaft

Autor: Leemann, Eduard

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-355302>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 26.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurzporträt der Geldwirtschaft

Eduard Leemann*

In den Diskussionen über umstrittene wirtschaftliche Tagesthemen zeigt sich immer wieder, dass die Spielregeln der Geldwirtschaft nicht genügend verstanden oder nicht akzeptiert werden. Ohne das Geld wäre die heutige arbeitsteilige Wirtschaft und damit der gegenwärtig erreichte Wohlstand jedoch überhaupt nicht denkbar. Die Geldwirtschaft kann also grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden; wir kommen ohne sie nicht aus. Um so wünschbarer wäre es, dass man sich vermehrt mit den Eigenarten der Geldwirtschaft, ihren Vorzügen und Gefahren auseinandersetzt.

Das Geld beherrscht unser tägliches Leben in hohem Masse. Wir brauchen Geld, weil wir sozusagen für alle wirtschaftlichen Güter und Dienstleistungen, die wir benötigen, zahlen müssen. Das ist für uns so selbstverständlich, dass wir uns kaum mehr Gedanken über das Wesen des Geldes und seine Konsequenzen machen. Dabei ist das Geld ein grundlegendes Instrument der Organisation von Wirtschaft und Gesellschaft. Es ist zudem in keiner Weise ein neutrales Instrument, sondern verleiht dem ganzen wirtschaftlichen und sozialen Leben seinen eigenen Charakter. Dieser Beitrag möchte deshalb auf einige elementare Zusammenhänge rund um das Geld hinweisen und mithelfen, das System der Geldwirtschaft zu durchschauen.

Das Wissen oder Nichtwissen um diese Zusammenhänge prägt im übrigen das Gespräch über wirtschaftliche Fragen in verhängnisvoller Weise. Die Fachleute der Wirtschaft reden von Umsatz und Ertragskraft, von Sachzwängen, denen sie nicht ausweichen können; ihr ganzes Denken und Handeln bewegt sich vorwiegend in den Kategorien der Geldwirtschaft. Ihre Kritiker, die mit Engagement ihr Bekenntnis etwa zu einer humanen Wirtschaft, zum Umweltschutz oder zur Solidarität mit der Dritten Welt ablegen, werfen ihnen dagegen Profitsucht vor; sie sprechen von Auslieferung an die anonymen Mächte des Kapitals und beklagen, dass die Welt immer materialistischer würde. Die beiden Lager reden mit ganz verschiedenen Zungen, so dass zwischen ihnen oft kaum eine Ebene der Verständigungsmöglichkeit besteht.

Die Rolle des Geldes als Instrument der wirtschaftlichen Organisation unterscheidet sich je nachdem, ob in einem Land eine marktwirtschaftliche oder planwirtschaftliche Ordnung vorherrscht. In den Staaten mit marktwirtschaftlicher Verfassung bildet es die Grundlage dafür, dass sich die Mechanismen der Marktwirtschaft frei entfalten können; die wesentlichen Entscheidungen über die Produktion und Verteilung wirtschaftlicher Güter ergeben sich dann aus dem freien Spiel der Marktkräfte. In den planwirtschaftlich organisierten Ländern ist das Geld dagegen ein

* Dr. Eduard Leemann war bis zu seinem altersbedingten Rücktritt im Sommer 1986 Hauptdirektor der Genossenschaftlichen Zentralbank (GZB) in Basel.

Instrument der staatlichen Planung; diese steckt den Rahmen für die angestrebte wirtschaftliche Entwicklung im gesamten wie in den einzelnen Bereichen ab.

Die Eigenschaften des Geldes

Eigenart und Eigengesetzlichkeit der Geldwirtschaft ergeben sich aus den besonderen Eigenschaften oder Funktionen des Geldes. Der entscheidende Unterschied zur naturalen Tauschwirtschaft besteht darin, dass sich der Tausch der wirtschaftlichen Güter und Dienstleistungen in der Geldwirtschaft nicht unmittelbar, Zug um Zug vollzieht, sondern dass das Geld als allgemeines Tauschmittel dazwischengeschaltet wird. Nur durch die allseitige Verwendbarkeit des Geldes wird die zwangsläufige Enge des direkten Tauschverkehrs überwunden. Sie schafft die Voraussetzung für eine arbeitsteilige, effiziente Wirtschaft und eine umfassende Versorgung. Mit fortschreitender Entwicklung löst sich das Geld immer mehr von den konkreten Tauschakten und macht sich selbstständig. Das hat tiefgreifende Konsequenzen.

Zum einen wird der wirtschaftliche Prozess in die Geld- und die Güterseite aufgespalten. Beide Seiten entwickeln ihr ausgeprägtes Eigenleben: die Geldseite in der Welt der Finanzen mit ihren Banken, Börsen, Geld- und Kapitalmärkten, mit inflationären und deflationären Einflüssen, Kapitalverschiebungen und Verschuldungsproblemen; andererseits die Güterseite mit ihren Warenmärkten, Investitionen, dem technischen Fortschritt und Strukturwandel. Dabei beeinflussen sich beide Seiten fortwährend im Wechselspiel. Diese Zweiteilung der wirtschaftlichen Prozesse wird letzten Endes erst im weiten Rahmen der Volkswirtschaft durch die Geldpolitik überwunden, deren Ziel es ist (oder doch sein sollte!), die Geldversorgung auf das Güterangebot abzustimmen und so den Wert des Geldes aufrechtzuerhalten.

Eine andere folgenschwere Auswirkung der Emanzipierung des Geldes besteht darin, dass es zum Inbegriff aller Tauschmöglichkeiten wird. Georg Simmel nennt es in seiner «Philosophie des Geldes» (1920 in 3. Auflage in München erschienen) das absolute Mittel und Einheitspunkt unzähliger Zweckreihen. Und Arthur Schopenhauer sagt von ihm, es sei der abstrakte Gedanke aller Gelüste. Jedenfalls bestimmt das Geld mit seiner Eigenschaft, alle Tauschmöglichkeiten zu verkörpern, weitgehend das Verhalten der Menschen. Alle ihre akuten und möglichen materiellen Bedürfnisse bündeln sich im Interesse an Geld, das sie mit Verantwortungsgefühl, aber auch mit Geschicklichkeit oder Härte, nicht selten mit Skrupellosigkeit zu beschaffen suchen. Die zitierten kritischen Stimmen, der Mensch liefere sich an anonyme Mächte aus, oder die Welt werde immer materialistischer, haben im Kern bereits hier ihren Ausgangspunkt.

Als zweite Funktion des Geldes neben dem allgemeinen Tauschmittel nennt die Geldtheorie jene des Wertmessers oder der Recheneinheit. Alle

Güter und Dienstleistungen werden in Geldeinheiten gemessen, in Form von Werten, Preisen und Löhnen. Auf diese Weise informiert das Geld sofort und umfassend über die Wertrelationen der unzähligen Güter und steuert dadurch das Spiel von Angebot und Nachfrage auf den Märkten. Gleichzeitig reduziert es alle Qualität auf einen quantitativen Nenner und macht sie ökonomisch vergleichbar.

In seiner dritten Funktion schliesslich dient das Geld als Wertaufbewahrungsmittel. Es bewahrt seine Eigenschaft, alle Tauschmöglichkeiten zu verkörpern, über einen längeren Zeitraum hinweg, vorausgesetzt, dass es seinen Wert einigermassen aufrechterhält. Auf diese Weise erweitert sich seine allseitige Verwendbarkeit in zeitlicher Hinsicht. Das ermöglicht und erleichtert die Bildung von Vermögen und Kapital. Zudem verstärkt sich dadurch die erwähnte Tendenz des Geldes, sich von den konkreten Tauschakten zu lösen.

Mit diesen drei Eigenschaften bildet das Geld ein eigenes System, eben die Geldwirtschaft. Es zwingt alle, die an den Gütern dieser Welt teilhaben und sich auf den Märkten eindecken wollen, sich daran zu beteiligen. Sie müssen sich darum bemühen, in den Besitz von Geld als dem allgemeinen Tauschmittel zu gelangen; sie müssen sich an den Wertrelationen, ausgedrückt in der Recheneinheit Geld, orientieren und sie im wesentlichen auch akzeptieren; und sie werden jene Tauschmittel, die sie nicht sofort zum Eintausch gegen Güter einsetzen, in Geldform aufbewahren. Innerhalb des Systems erleichtert und beschleunigt das Geld alle wirtschaftlichen Prozesse. Am Rande und ausserhalb des Systems der Geldwirtschaft nimmt dagegen die wirtschaftliche Dynamik rasch ab bis auf einen Stand, der durch Armut und Elend gekennzeichnet ist.

Die Versorgung mit Geld

Die wichtigste Voraussetzung dafür, dass das Geld seine Funktion erfüllen kann, besteht darin, dass es seinen Wert behält. Dieses Ziel erfordert, dass die hiefür zuständigen Notenbanken die Geldversorgung auf das Güterangebot abstimmen. Ein Zuviel an Geld, das heisst eine Inflation, treibt demgegenüber die Preise in die Höhe und höhlt den Geldwert aus, und ein Zuwenig an Geld bringt die Wirtschaft ins Stocken. Die Notenbanken versuchen nun, auch der künftigen Entwicklung Rechnung zu tragen, und richten sich zu diesem Zweck nach dem erwarteten Wachstum des Sozialproduktes. Auf diese Weise wird das Gleichgewicht zwischen der Geld- und der Güterseite in einem dynamischen Sinne gewahrt.

Im Modell des dynamischen Gleichgewichtes hat auch die Kreditgewährung des Bankensystems ihren Platz, welche über die eigenen Ersparnisse der Unternehmungen und öffentlichen Körperschaften hinaus die Finanzierung neuer Investitionen (Fabriken, Einrichtungen, Wohnhäuser, Infrastruktur) und damit die weitere Entwicklung einer Volkswirtschaft ermöglicht. Sie wird dabei durch die rechtzeitige Verfügbarkeit von realen Produktionsmitteln begrenzt. Je entwickelter eine Volkswirt-

schaft also ist, desto leichter hat sie es, weiter zu wachsen, desto mehr steigt die Neigung, dass sich das Wachstum beschleunigt.

Zur Werterhaltung des Geldes bzw. Preisstabilität können andere Ziele in Konkurrenz treten, wie die Ankurbelung von Konjunktur und Wachstum, die Korrektur von ungünstigen Wechselkursen oder die Finanzierung von Defiziten im Staatshaushalt. Die Verfolgung dieser Ziele ist jedoch in der Regel mit einer Ausweitung der Geldmenge verbunden und trägt damit die Gefahr in sich, dass sie das zulässige Mass überschreitet, im Extremfall ausser Kontrolle gerät und zu einer Zerrüttung des Geldwertes führt.

Die Notenbanken sind an sich in der Lage, die Geldversorgung selber zu bestimmen, seitdem die Währungen anfangs der 70er Jahre von ihrer Bindung an das Gold gelöst worden sind. Unter dem nachfolgenden System der frei schwankenden Wechselkurse sind keine zwischenstaatlichen Kapitalbewegungen zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen mehr nötig, welche die inländische Geldversorgung verändern können; der Ausgleich findet vielmehr über das Auf und Ab der Wechselkurse statt. Der Mechanismus der Geldversorgung funktioniert dabei in der Weise, dass die Wirtschaft einen steigenden Geldbedarf durch Aufnahme von Krediten bei den Banken deckt. Die Banken stützen sich ihrerseits bei der Kreditgewährung auf das Notenbankgeld (Banknoten und Guthaben bei der Notenbank), das bei ihnen in Form von Ersparnissen des Publikums eingezahlt wird. Darüber hinaus verfügen sie aber auch über ein eigenes Potential zur Kreditschöpfung. (Die Geldmenge M 1, die aus dem Bargeldumlauf und den jederzeit verfügbaren Einlagen im Bankensystem besteht, belief sich in unserem Lande Ende 1987 auf das Doppelte der Notenbankgeldmenge.) Reichen ihre eigenen Finanzierungsmöglichkeiten nicht aus, so können die Banken Notenbankgeld borgen. Durch die Festlegung von Geldmengenzielen, die, wie erwähnt, auf das erwartete Wachstum des Sozialproduktes ausgerichtet sein sollten, zeigen die Notenbanken an, wie weit sie mit der Refinanzierung solcher Begehren zu gehen bereit sind.

Im internationalen Verkehr stützt sich die Geldversorgung neben dem Gold sowie Zahlungsinstrumenten des Internationalen Währungsfonds hauptsächlich auf einige wenige, allgemein anerkannte Währungen, vor allem den Dollar. Jedes Defizit in der amerikanischen Aussenbilanz erhöht automatisch den Dollarbestand in der übrigen Welt, etwa auf den ausserhalb der Vereinigten Staaten unterhaltenen Eurodollarbörsen. Die Nachteile dieser Lösung sind offenkundig, denn solche «Leitwährungen» sind leicht dem Einfluss der jeweiligen nationalen Interessen ausgesetzt. Doch ist die Alternative einer internationalen Währung, die von allen als Zahlungs- und Rechenmittel akzeptiert würde, etwa im Sinne des regionalen Modells des Europäischen Zahlungssystems und seiner Währungseinheit (Ecu), nicht in Sicht.

Diese Mechanismen sichern der Geldversorgung im nationalen wie im internationalen Rahmen ein sehr hohes Mass an Elastizität, das in der

Regel gross genug ist, um allen Bedürfnissen gerecht zu werden. Selbst so massive Preiserhöhungen wie die Ölpreis-Häussern der Jahre 1973 und 1979 haben sich ohne weiteres finanzieren lassen. Anderseits konnten tiefgreifende Spannungen, wie sie durch die internationale Schuldenskrise ausgelöst worden sind, wenigstens bisher soweit bewältigt werden, dass die Funktionsfähigkeit des internationalen Finanzsystems nicht in Frage gestellt wurde. Die Elastizität der Geldversorgung ist so gross, dass man oft den Eindruck gewinnen könnte, der finanzielle «Überbau» hätte den Bezug zum güterwirtschaftlichen «Unterbau» verloren. Doch zeigt die geringe Inflationsrate, derer sich viele Industrieländer seit Jahren erfreuen, dass das Gleichgewicht gewahrt ist und dass offensichtlich auch die reale Basis einen sehr hohen Elastizitätsgrad aufweist.

Die Teilnehmer an der Geldwirtschaft

In der Geldwirtschaft können nur jene Bedürfnisse befriedigt werden, die durch Kaufkraft gedeckt sind. Zur Skala der Bedürfnisse zählen in erster Linie die notwendigen Güter des täglichen Bedarfs, also Nahrung, Kleidung, Wohnung, gesundheitliche Betreuung. Wenn diese gedeckt sind, melden sich weitere Wünsche, die man zum Wahlbedarf rechnet, wie das schönere, aber teurere Kleid, die bessere Wohnung oder dann das Auto, die Ferien. Mit zunehmendem Wohlstand werden zusätzliche Begehrungen wichtig, wie die Absicherung gegen alle möglichen Risiken, ein genügender Spielraum für mögliche spätere Anliegen und schliesslich der Drang nach Einfluss, Macht und Ansehen. Mit dem Wunsch nach Geld verbinden sich also an sich dringende und weniger dringende Bedürfnisse, rationale, aber auch irrationale Vorstellungen und Absichten. Dabei enthält das Geld allein, um nochmals Simmel zu zitieren, «jenes innere Mass nicht, das sich schliesslich auch als Begrenzung der Begierde nach dem Objekt geltend macht». Jenes Mass kann nur der einzelne Mensch setzen.

Das nötige Geld, um die Bedürfnisse befriedigen zu können, muss sich ein jeder, wenn er nicht von Vermögen zehren kann, in Form von Einkommen zu beschaffen suchen, vor allem als Lohnempfänger, Selbstständigerwerbender, Rentner oder, im Falle der Not, als Begünstigter der Sozialfürsorge. Einkommen entstehen vorwiegend im Produktionsprozess. Die Aussicht, zu Einkommen zu gelangen, hängt also von der Intensität der Produktion ab. Aus den verschiedenen Intensitätsstufen der Produktion ergeben sich unterschiedliche Intensitätsgrade der Geldwirtschaft. Im Rahmen des gesamten Einkommens einer Volkswirtschaft, also des Volkseinkommens bzw. des Sozialproduktes, spielt dann eine wesentliche Rolle, wie dieses sich auf die verschiedenen Kategorien von Einkommensbezügern verteilt. Der grösste Teil davon entfällt auf die Einkommen der Arbeitnehmer. In der Schweiz beispielsweise machte ihr Anteil im Jahre 1986 68% des Volkseinkommens aus, gefolgt von den Geschäftseinkommen der Selbständigerwerbenden mit 10%, dem Ein-

kommen aus dem Vermögen der Haushalte mit 8% und dem in den Unternehmungen verbleibenden, also nicht verteilten Einkommen mit ebenfalls 8%.

In den Industrieländern ist sozusagen die gesamte Bevölkerung in das System der Geldwirtschaft eingebunden. Ausbildung, Arbeit und Leistung gehören zum traditionellen Lebensstil und bilden die selbstverständliche Voraussetzung für ein angemessenes Einkommen. Der gute Gang der Wirtschaft hat in den vergangenen Jahrzehnten dem weit überwiegenden Teil der Bevölkerung ermöglicht, ohne Schwierigkeiten einen entsprechenden Arbeitsplatz und ein angemessenes Einkommen zu finden. Das hat ihm gestattet, über die Grundbedürfnisse hinaus einen erheblichen Teil des Wahlbedarfes zu decken. Darüber hinaus kennen wir aber auch den Überfluss; es gibt Empfänger von extrem hohen Einkommen, die sich nicht immer unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit beurteilen lassen.

Anderseits zeichnen sich Grenzen des Systems der Geldwirtschaft ab, indem es immer Randgruppen gibt, die wenig Aussicht haben, zu Arbeit und damit zu Einkommen zu gelangen. Dazu gehört, abgesehen von jenen Menschen, die nicht arbeitsfähig sind, vor allem das Heer der Arbeitslosen, deren Zahl in den Industrieländern der westlichen Welt seit Jahren über 30 Millionen oder 8% der arbeitsfähigen Bevölkerung beträgt. Die langfristig Arbeitslosen bilden den Kern jener Gruppe der Bevölkerung, die zu den Opfern einer immer rationalisierteren Arbeitswelt zu zählen ist und die man mit dem Stichwort «neue Armut» zu umschreiben sucht. Es gehört zu den Aufgaben der Staaten, diese Benachteiligten auf dem Weg der Sozialversicherung und der Sozialfürsorge, also durch teilweise Umverteilung der ursprünglichen Einkommen, in das System der Geldwirtschaft einzubeziehen. Das Bild der Systemgrenzen ist dann noch zu ergänzen mit dem Hinweis auf den grossen Bereich der unbezahlten Arbeit, die von Hausfrauen, in der Nachbarschaftshilfe, in der Erziehung oder der Pflege von alten und kranken Menschen geleistet wird. Schliesslich ist die wachsende Neigung vieler Menschen zu erwähnen, sich mit Teilzeitarbeit zu begnügen, sich freiwillig auf das unbedingt notwendige Einkommen zu beschränken und sich womöglich selber zu versorgen, bis hin zu der verschwindend kleinen Gruppe, die zu den eigentlichen Aussteigern aus der Geldwirtschaft zu zählen ist.

Nur ein Viertel der Menschheit, überwiegend Angehörige der Industrieländer, lebt in guten wirtschaftlichen Verhältnissen. Zwei weitere Viertel befinden sich an der Grenze zum Existenzminimum, und ein letztes Viertel ist nicht in der Lage, den Grundbedarf zu decken. Diese Benachteiligten sind zur Hauptsache Angehörige der Schwellen- und Entwicklungsländer. Hier stützt sich die Geldwirtschaft in der Regel auf die gesellschaftlichen Oligarchien, während der grosse Teil der Bevölkerung nur am Rande daran beteiligt ist; die Grenzen des Systems sind in diesen Ländern viel enger gezogen. Mit der rapiden Zunahme der

Einwohnerzahlen und der Abwanderung in die Städte schwindet die Möglichkeit zur Selbstversorgung. Anderseits fehlt es an Arbeitsgelegenheiten und damit an Verdienstmöglichkeiten. Die Festsetzung von Mindestlöhnen, welche der Ausbeutung vorbeugen sollen, kann unter diesen Umständen nur wenigen zugutekommen. Der Hunger ist dann nicht so sehr die Folge an sich fehlender Nahrungsmittel, sondern ein Kaufkraftproblem. Wie soll es aber gelingen, die nahezu unübersehbare und ständig steigende Zahl von Menschen in einen produktiven Wirtschaftsprozess und damit in die Geldwirtschaft einzubeziehen? Trotz vielen Anstrengungen der zwischenstaatlichen Entwicklungshilfe scheint die Aufgabe übermächtig, zumal allzu häufig die eigentumsmässigen Strukturen dem wirtschaftlichen Fortschritt im Wege stehen und die Fähigkeit, oft auch die Willigkeit zu einem effizienten Einsatz der knappen Mittel fehlt. Gleichwohl ist das Schicksal der Armen in der Dritten Welt ein Pfahl im Fleisch der Einwohner der Industriestaaten, der ihnen jede vorzeitige Beruhigung verwehren sollte.

Die Spielregeln von Geldwirtschaft und Marktwirtschaft

Um in der Geldwirtschaft leben zu können, muss man über Geld verfügen, also zahlungsfähig sein. Diese Forderung bestimmt das Verhalten aller wirtschaftlichen Einheiten, vom einfachen Haushalt Alleinstehender und von Familien bis zu den grossen Unternehmungen und öffentlichen Körperschaften, ja selbst zu ganzen Volkswirtschaften. Sie alle dürfen nicht mehr ausgeben als sie einnehmen oder an Vermögen besitzen, oder sie müssen vorübergehende Fehlbeträge durch Kredite zu überbrücken suchen. Aus diesen lapidaren Grundsätzen, welche in der Rechtsordnung (Schuldbetreibungs- und Konkursrecht) institutionalisiert sind, leiten sich geldwirtschaftliche Spielregeln ab, die sich oft genug als folgenschwere Sachzwänge auswirken.

Auf der Grundlage dieser geldwirtschaftlichen Spielregeln kommt es im weiteren darauf an, wie die Einkommen gebildet werden. Das ist, wie schon erwähnt, eine Frage der Wirtschaftsordnung. In der Marktwirtschaft vollzieht sich die Einkommensbildung im mehr oder weniger freien Spiel von Angebot und Nachfrage auf den Märkten für Arbeit, Waren und Kapital. Hier wirken also die Spielregeln von Geldwirtschaft und Marktwirtschaft eng zusammen.

Von besonderer Bedeutung für die Einkommensbildung sind die wirtschaftlichen Unternehmungen. Sie sind die Impulsstellen im wirtschaftlichen Kreislauf, der sich im Zuge der Bildung und Verwendung von Einkommen im Rahmen einer Volkswirtschaft ergibt. Der Erfolg oder Misserfolg der Unternehmungen im freien Wettbewerb entscheidet über die Intensität des Kreislaufes und damit über die wirtschaftliche Entwicklung schlechthin. Wohl besteht die eigentliche Aufgabe der Unternehmungen darin, Bedürfnisse zu befriedigen. Im System von Geldwirtschaft und Marktwirtschaft zeigt sich die Dringlichkeit der Bedürfnisse für die Unternehmungen jedoch als Chance, Gewinne zu erzielen. Die

Geschäftspolitik einer Unternehmung mag nun rein erwerbsstrebig sein oder sich an der gesellschaftlichen Verantwortung orientieren, ein zumindest genügender Ertrag ist in jedem Falle oberstes Gebot, denn er entscheidet auf weite Sicht über die Zahlungsfähigkeit und damit die Existenz eines Unternehmens. Noch besser ist aus seiner Sicht natürlich ein guter Ertrag, der es erlaubt, neben einer marktüblichen Gewinnverteilung an die Kapitalgeber Reserven zu bilden. Denn eine finanziell starke Unternehmung ist in einer unvergleichlich günstigeren Lage, um im Konkurrenzkampf zu bestehen; sie kann es sich viel eher leisten, die Zukunft zu planen sowie neue Produkte und Produktionsverfahren zu entwickeln, als eine schwache Gesellschaft, deren ganze Anstrengungen darauf gerichtet sind, kurzfristig zu überleben.

Dem Ertragsziel werden deshalb alle anderen Ziele letztlich untergeordnet. Es bestimmt, was die Unternehmungen herstellen, aber auch die Art und Weise, wie sie produzieren. Ob sie expandieren oder gesund-schrumpfen, ob sie rationalisieren und dabei unter Umständen einen Verlust an Arbeitsplätzen in Kauf nehmen, ob sie sich mit anderen Unternehmungen zusammenschliessen, um die Stellung am Markt zu verstärken und Kosten einzusparen, oder ob sie die Produktion in kostengünstigere Regionen im In- und Ausland verlagern. Es ist insbesondere diese konsequente Orientierung am Ertragsziel, die wohl in vollem Umfange den Spielregeln von Geldwirtschaft und Marktwirtschaft entspricht, die aber in der Bevölkerung nicht immer verstanden wird.

Es gehört nun zu den zentralen Anliegen der Gewerkschaften, im Rahmen der Sozialpartnerschaft einen vernünftigen Ausgleich anzustreben zwischen den geldwirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Zielen der Unternehmungen und den Interessen der Arbeitnehmer. Damit ist nicht nur die gemeinschaftliche Vertretung ihrer Begehren in den Lohnverhandlungen und bei der Gestaltung der Arbeitszeit gemeint, so wichtig diese sind. Ihr Augenmerk gilt vor allem der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Einkommensmöglichkeiten bedeuten. Die Gewerkschaften haben sich dabei, gerade in unserem Lande, immer wieder darüber ausgewiesen, dass sie Verständnis für die Grenzen der wirtschaftlichen Tragbarkeit wie für die Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Wandels aufbringen; deren Beachtung liegt schliesslich im langfristigen Interesse ihrer Mitglieder. Ihre Aufmerksamkeit gilt in neuerer Zeit aber auch der zunehmenden Zahl von Übernahmen wirtschaftlicher Unternehmungen, die nicht selten lediglich der Erzielung von Kapitalgewinnen dienen. Dass es dabei nicht nur Eigentümerinteressen gibt, sondern ebenso sehr Mitarbeiterinteressen, hat kürzlich auch ein bekannter Schweizer Unternehmer (Christian Gasser) in einem Leserbrief festgestellt.

Konsequenzen und Korrekturen

Wenn wir das Ergebnis des Zusammenwirkens von Geldwirtschaft und Marktwirtschaft betrachten, so stellen wir in den Industrieländern ein

Höchstmass an Leistungsfähigkeit und eine ungeahnte Steigerung des Wohlstandes fest. Dieser Wohlstand ist zudem in einer Breite gestreut, welche die düstere Prognose einer Anhäufung des Reichtums in wenigen Händen und der Vereindlung der Massen eindrücklich widerlegt. Gleichwohl fehlt es nicht an Spannungen und Gefahren, die unter Umständen entsprechende Korrekturen erfordern.

Zunächst steht die Sorge um die weitere Stabilität von Konjunktur und Wachstum im Vordergrund. Ein stetiges Wachstum im Gleichgewicht, das heisst ohne inflationäre Überhitzung, ist das erklärte Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik, weil ein solches Wachstum Ausdruck einer kontinuierlichen Einkommensbildung ist. Dagegen gehen die Meinungen auseinander, wie dieses Ziel erreicht werden soll. In diesem Zusammenhang ist der Glaubenskrieg zwischen den Monetaristen und den Keynesianern zu erwähnen, der die ökonomische Diskussion seit Jahren beherrscht. Die Monetaristen glauben an die Fähigkeit der Wirtschaft zur Selbststeuerung. Voraussetzung ist allerdings, dass die Produktion, also die Seite des Angebots, nicht behindert, sondern vielmehr gefördert wird. Darüber hinaus spielt der richtige geldmässige Rahmen eine massgebende Rolle. Eine stetige Ausweitung der Geldmenge genügt, um ein stetiges Wachstum zu erreichen. Ihre Gegenspieler, die Anhänger von Keynes, misstrauen dagegen diesem Glauben; sie sind der Meinung, dass immer wieder Korrekturen in Form von durch Schulden finanzierten Staatsausgaben oder steuerlichen Erleichterungen nötig sind, um eine genügende Gesamtnachfrage sicherzustellen, auf die es ihrer Ansicht nach ankommt. Die beiden Schulen üben einen unterschiedlichen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik der Industrieländer aus. Sobald sich jedoch eine Stagnation abzeichnet und weitere Arbeitslosigkeit droht, ist den Regierungen jedes Mittel recht, um die Wirtschaft wieder auf Touren zu bringen; denn sie stehen aus politischen Gründen unter einem eigentlichen Zwang zum Wachstum. Wie weit sie damit auf lange Sicht Erfolg haben, bleibt indessen aller Erfahrung nach eine offene Frage.

In diesem Zusammenhang stellt sich aber die weitere grosse Frage, wohin denn das System von Geldwirtschaft und Marktwirtschaft – nicht weniger jedoch auch jenes von Geldwirtschaft und Planwirtschaft – als Ganzes treibt und wie die Spannungen gelöst werden sollen, die zwischen dem Zwang zum Wachstum und den Grenzen des Wachstums bestehen, die von der Rücksichtnahme auf das ökologische Gleichgewicht gezogen werden. Die Frage drängt sich um so mehr auf, als ein Dosieren des Wachstums kaum möglich ist, solange sich die Konkurrenz nicht ebenfalls zurückhält. Angesichts des Nachholbedarfs an wirtschaftlicher Entwicklung in zahlreichen Ländern, verbunden mit einer zunehmenden Globalisierung des Wirtschaftens, ist an eine freiwillige Bremsung jedoch nicht zu denken. «Alles oder nichts» heisst dann vielmehr die Devise, vor die sich Unternehmungen und Regierungen in der Regel gestellt sehen. Ob es unter diesen Umständen gelingen wird, rechtzeitig und umfassend genug überall dort zu korrigieren, wo es im

Interesse von erträglichen Lebensbedingungen für spätere Generationen notwendig wäre? An dieser Schicksalsfrage scheiden sich die engagierten Beobachter in die beiden Lager der Optimisten und der Pessimisten...

Spannungen bestehen im weiteren in der Verteilung des Wohlstandes. Trotz seiner breiten Streuung gibt es nach wie vor grosse Differenzen zwischen Arm und Reich. Wir treffen auch immer wieder auf Situationen, in denen die Reichen noch reicher und die Armen noch ärmer werden. Dieses Bild wird von Kritikern, welche die Verteilung des Wohlstandes nach Massstäben der Gerechtigkeit beurteilen, vielfach als schwer erträglich empfunden. Wer wollte bestreiten, dass es stossende Ungerechtigkeiten gibt und dass das Handeln nach dem eigenen Vorteil nicht der Vorstellung entspricht, die man sich gemeinhin von einer humanen Wirtschaft macht? Im System von Geldwirtschaft und Marktwirtschaft wird die Verteilung der wirtschaftlichen Güter aber nicht nach Massgabe der sozialen Gerechtigkeit bestimmt. Es ist auch nicht so sehr der gute oder schlechte Wille der Menschen, der über die Verteilung entscheidet; die Entscheidungen ergeben sich vielmehr aus dem spontanen Zusammenspiel der Marktkräfte.

Hier setzen denn auch die Vorbehalte ein, der Mensch dürfe sich nicht länger an anonyme Mächte und selbstlaufende Mechanismen ausliefern, sondern müsse wieder zum Subjekt seiner Geschichte werden. Wenn wir die für eine Behandlung in gedrängtem Rahmen zu komplexe Frage nach möglichen Alternativen der wirtschaftlichen Ordnung einmal ausklammern, so können wir aber feststellen, dass der Mensch auch im System von Geldwirtschaft und Marktwirtschaft die Möglichkeit hat, als Subjekt zu handeln. Er kann in politischen und wirtschaftlichen Organisationen, wie in den Gewerkschaften oder den politischen Parteien, mitwirken und mithelfen, dass von diesen Organisationen oder von Staates wegen die erforderlichen Korrekturen angebracht werden. Er kann im besonderen dazu beitragen, dass dem vermissten Prinzip der Solidarität zum Durchbruch verholfen wird, dass die Schwachen geschützt und, wo nötig, mit öffentlicher Hilfe in das System der Geldwirtschaft einbezogen werden. Dafür das richtige Mass zu finden, ist in der Demokratie die ständige Aufgabe der Alltagspolitik.

Der einzelne Mensch hat es aber auch in der Hand zu entscheiden, welchen Stellenwert er dem Geld in seinem persönlichen Verhalten beimessen, wieweit er dem Drang nach dem Geld nachgeben und der – mit Recht – beklagten Überbewertung des Materiellen Vorschub leisten will. Er ist das Subjekt, das die Prioritäten setzt und sich darauf besinnt, was für ihn letzten Endes wichtig ist. Er allein kann vermeiden, dass – um mit Simmel zu schliessen – die Mittel ein Übergewicht über die Zwecke erhalten und die Dinge an der Peripherie des Lebens zu Herren über sein Zentrum werden.